

# Danziger Volksstimme

Einzelpreis 10 Danziger Pfennig

Bezugspreis monatlich 2,50 Gulden, wöchentlich 0,60 Gulden, in Deutschland 2,00 Goldmark, durch die Post 2,50 Gulden monatlich. Anzeigen: die 1. Zeile 0,30 Gulden, die 2. Zeile 0,20 Gulden, die 3. Zeile 0,15 Gulden, in Deutschland 0,30 und 1,00 Goldmark. Abonnements- und Inseratenaufträge in Polen nach dem Danziger Tageskurs.

Organ für die werktätige Bevölkerung der Freien Stadt Danzig

Geschäftsstelle, Danzig, Am Spandhaus Nr. 6, Postfachkonto: Danzig 2945  
Fernsprecher: für Schriftleitung 720, für Anzeigen-Annahme, Zeitungsbestellung und Druckfachen 3290.

Nr. 14

Donnerstag, den 17. Januar 1924

15. Jahrg.

## Der neue Senat.

Eine Interessenvertretung des Großkapitals.

In der gestrigen Sitzung des Volkstages wurden an nebenamtlichen Senatoren gewählt:

1. Verwaltungsgerichtsdirektor Dr. Fiehm (Dnail.), stellv. Senatspräsident.
2. Oberregierungsrat Kette (Dnail.).
3. Obermeister Karow (Dnail.).
4. Direktor Senfleben (Dnail.).
5. Prof. F. D. W. Schilke.
6. Schiffreeder Gd. Besselmann.
7. Gutsherrlicher Fiehm-Liehan.
8. Dekan Sawakfi (Zentr.).
9. Gewerkschaftssekretär Krause (Zentr.).
10. Weingroßhändler Fuchs (Zentr.).
11. Stadtrat Dr. Wierczanski-Jozypot (Zentr.).
12. Direktor Dr. Unger (Dt.-Dz. Sp.).
13. Direktor Brichle (Dt.-Dz. Sp.).

Der 14. Senatorenplatz, der Direktor Pertus vorbehalten ist, bleibt noch unbesetzt, da Senator Jewelowski sein Mandat nicht niedergelegt hat.

Wir haben also wieder eine Regierung, und zwar eine kürzerliche Minderheitsregierung, wie es auch aus den Ereignissen der letzten Wochen ja zu erwarten war. Es gab allerdings in den letzten Tagen noch manche Überraschung, und während der Volkstag gestern in einer langwierigen Wahlhandlung die Männer erkor, gab es auch einige interessante Vorfälle. Es betrafte sich vor allem Dingen, daß sich die Eppichgruppe nunmehr wieder von der Deutsch-Danziger Volkspartei gelöst hat und zur Opposition übergetreten ist. Größeres Interesse bot jedoch dem Hause ein Schachzug des Senators Jewelowski. Alle anderen parlamentarischen Senatoren hatten zum 15. Januar ihre Ämter niedergelegt, um die neue Wahl des Senats in der gestrigen Sitzung zu ermöglichen. Nach einer gestern bekanntgegebenen Mitteilung des Vizepräsidenten Epslett an das Haus hat Senator Jewelowski seinen Rücktritt nicht erklärt. Wie aus einem verlesenen Schriftwechsel hervorging, hatte er die Deutsche Partei gebeten, sein Amt als Senator niederlegen zu dürfen. In einer Unterredung mit dem Senatspräsidenten Epslett hatte er diesem von dem Schreiben an seine Fraktion und seinen Rücktrittsabsichten Kenntnis gegeben. Die Fraktion der Deutschen Partei hatte jedoch Jewelowski mitgeteilt, daß sie einstimmig sein Rücktrittsgesuch abgelehnt habe, weil sie vor aller Öffentlichkeit das Verhalten der Deutschnationalen in der Frage der Regierungsbildung feignageln will. Diese Stellung seiner Partei hatte Jewelowski veranlaßt, an den Senatspräsidenten Epslett folgendes Schreiben zu richten:

An den Herrn Präsidenten des Senats!

In Verfolg der Unterhaltungen mit Ihnen über meinen Rücktritt aus dem Senat, habe ich die Ihnen gegenüber ausgesprochene Absicht, mein Amt niederzulegen, meiner Fraktion durch Schreiben vom 12. d. Mts. mitgeteilt. Diese hat mir am 15. d. Mts. geantwortet, daß sie meine Absicht nicht billigt, sondern fordert, daß ich mein Amt nicht niederlege. Ich füge Abschriften dieser Briefe bei, und erkläre, daß ich zu meinem Bedauern meinen Plan, zurückzutreten, im Augenblick nicht durchführen kann.

Danzig, den 16. Januar 1924.

gez. Jewelowski.

Im neuen Paragraphen war die Verlegenheit groß. Man hatte sich zuerst damit helfen wollen, daß man die von Jewelowski geäußerte Rücktrittsabsicht als vollzogene Rücktritt erklären wollte. Im Ausschuss kam es darüber zu längeren Auseinandersetzungen. Schließlich mußte man aber gegenüber der Ansicht des Senatspräsidenten über Jewelowskis Rücktritt das vorliegende Schreiben Jewelowskis gelten lassen. Um diesen Schachzug Jewelowskis zu parieren, und ihn zum Rücktritt zu zwingen, brachten die Deutschnationalen noch in der gestrigen Sitzung einen Mißtrauensantrag gegen Jewelowski ein, der in der Freitagssitzung erledigt werden soll. Die Folge dieser unerwarteten Steinadigkeit Jewelowskis war die, daß der Rechtsblock die Wahl des 14. Senators aussetzen mußte.

Danzig kann den traurigen Ruhm genießen, daß seine Regierung nur der Unterstützung der Deutschsozialen das Leben verdankt. Die gesamte Opposition, von der Deutschen Partei bis zu den Kommunisten hatte sich an der Wahl nicht beteiligt. Der neue Bürgerblock allein verfügt nur über 55 Stimmen und kann also das Haus nicht beschlußfähig ma-

chen. Hier sprangen die Deutschsozialen als Hilfsgruppen ein. Sie hatten sich zwar vorher auch etwas bei den Kommunisten angelehnt, deren völlig überflüssigen Mißtrauensantrag gegen den Senat sie unterstützten. Auch stimmten sie mehrfach den Ausführungen Raubes zu, als dieser den Parlamentarismus als Volksbeitrag bezeichnete. Raube aber hatten sie sich in dieser radikalen Pose gezeigt, so offenbarten sie bei der Wahl des Senats ihre wahre politische Einstellung. Trotzdem sie angeblich ein noch radikaleres sozialpolitisches und gemeinwirtschaftliches Programm vertreten wollten als Sozialdemokraten und Kommunisten, ermöglichten sie durch ihre Wahlbeteiligung die Wahl eines Senats, der einzig und allein die Wahrnehmung kapitalistischer Interessen zur Aufgabe hat. Wenn sie kürzlich in einer nachträglich abgegebenen Erklärung ihre Stellungnahme damit begründen wollten, daß sie eine staatsbeherrschende Partei sind, so machte diese Behauptung anlässlich ihres sonstigen Verhaltens einen sehr widerwärtigen Eindruck. Die Waffenbrüderlichkeit der Deutschsozialen ist natürlich nicht umsonst gewesen. Der Rechtsblock hat mehrere deutschsoziale Bedingungen schluden müssen, ehe er die Hilfe der Deutschsozialen erhielt. Eine Regierung von Knüppel-Kunzes Gnaden, eine Schande für Danzig.

Wenn es noch einer Tatsache bedurfte, um die breiten Wählermassen darüber aufzuklären, wie die bürgerlichen

Parteien gesonnen sind, die Interessen der Wähler wahrzunehmen, so zeigt das die Zusammensetzung des neuen Senats. Wenn es um die Stimmen der Wähler geht, dann können die bürgerlichen Parteien den Mund nicht genug vollnehmen vom „Bruder Arbeiter“, dem auch der bürgerliche Kapitalist und Kandidat wieder die Hand drückt. Wenn es sich darum dreht, die Sozialdemokratie zu bekämpfen, wenn diese auch ehemalige Arbeiter und kleinere Beamte in höhere Regierungsklassen schiebt, dann können die bürgerlichen Parteien nicht genug darüber Zeter und Mordio schreien. Das heißt dann sozialistische Klassenpolitik, der man den Gedanken der Volksgemeinschaft gegenüberstellt. Wie diese Volksgemeinschaft in der Tat ausbleibt, das zeigt uns die Zusammensetzung des neuen Senats. Unter den 14 Senatoren des Rechtsblocks befinden sich nicht weniger als 7 Unternehmer, Direktoren und Gutsherrlicher, 9 höhere Beamte und ein Geistlicher. Die Arbeitermerkmale, die den größten Teil der Wähler ausmacht, ist mit einem einzigen (!) Zentrumsenator vertreten, dem man außerdem nicht noch besondere Fähigkeiten bei den Auseinandersetzungen mit den Unternehmervertretern im Senat nachsagen kann. Daß aber die Direktoren, Obermeister und Weingroßhändler, die im Senat die Alleinherrschaft haben, sich nun besonders um die sozialpolitischen Rechte der Arbeitnehmern bemühen werden, wird selbst ein Allerweltredner wie Herr Mawen seinen gläubigen Schäflein nicht einreden können. Es ist gut, daß die herrschenden bürgerlichen Parteien in dieser offenen Weise wieder einmal dokumentiert haben, daß sie einzig und allein Vertreter des Kapitals sind. Das ist die Lehre, die die gestrige Senatswahl heftigsten menschen Danziger Wähler gegeben hat.

## Der französische Presse- und Regierungsumpf.

Zaristische Bestechungsgelder für Frankreich.

Die Enthüllungen aus den russischen Staatsarchiven über die Korruption der französischen Presse durch die Zarenregierung werden immer merkwürdiger. Die „Humanität“ berichtet nun über das Eingreifen Poincaré und Klotz, die selbst die Verteilung der Gelder übernommen hatten, wodurch die Ratten die Kontrolle über die Bestechungsgelder immer mehr aus den Händen verloren und darüber schwer erholbar waren.

Im Laufe des Frühjahr 1918 entwickelte sich die Angelegenheit allmählich dahin, daß der inzwischen zum französischen Minister des Innern ernannte frühere Finanzminister Klotz von den Russen forderte, daß ihm eine zweite Rate von 100.000 Franken zur Verfügung gestellt werde. Und zwar begründete er dieses Ansuchen damit, daß die allgemeine Lage der französischen Regierung im Zusammenhang mit der Heuerlichkeit weiter Kreise gegen die Wiedereinführung der dreijährigen Dienstpflicht immer schwieriger wurde und eine ernste „Einwirkung“ auf die Presse erforderlich sei.

Dies wird nicht nur in einem, sondern in mehreren ausführlichen Berichten mit aller Deutlichkeit zum Ausdruck gebracht. Insbesondere spricht der russische Finanzminister Kofowzew, der von vornherein dieser neuen Bestechungsaktion auf Grund der üblen Erfahrungen von 1904/5 sehr feindselig oder sogar feindselig gegenüberstand, in einem „absolut vertraulichen“ Schreiben vom 4. Juni 1918 an den Außenminister Skalonow seinen Kerger offen aus:

„Herr Klotz hebt mit Nachdruck die Notwendigkeit hervor, schon jetzt eine so große Ausgabe für Pressezwede zu machen wegen der Möglichen eines Feldzuges gegen das neue Militärgesetz und auch im Zusammenhang mit der allgemeinen schwierigen Lage des französischen Kabinetts.“

Die daraus hervorgeht, wird die obengenannte Summe von 100.000 Franken, die von Klotz verlangt wird, für Zwecke der französischen und nicht der russischen Regierung angegeben, was kann den Zielen entspricht, die nur vor Augen schwebten, als wir einen besonderen Fonds für die Presse errichteten.“ (!)

Wohl oder übel mußte aber Rußland wieder einmal nachgeben und das Geld herausspucken. War sich ja die Zarenregierung dessen bewußt, daß mit der dreijährigen Dienstzeit, d. h. mit der Regierung Barthou, die ganze imperialistische Bündnispolitik Paris-Petersburg hand und fiel.

Tennoch wollte die russische Regierung die Hoffnung nicht aufgeben, aus ihren Geldern einen etwas weniger indirekten Vorteil zu ziehen. Das war auch die Meinung des Reichsleiters Kofowzew, der am 14. Juni 1918 nach Petersburg telegraphierte:

„Entsprechend der Ansicht des Staatsrates Koffalowitsch

könnte man dem Verlangen von Klotz stattgeben unter der Bedingung, daß die subventionierte Presse nicht nur das Militärgesetz und die Politik des französischen Kabinetts, sondern auch unsere Interessen, z. B. in den Balkanfragen, unterstützt. Es scheint mir, daß die Frage, so gestellt, für uns annehmbar wäre. Koffalowitsch ist beauftragt, sich in diesem Sinne Klotz gegenüber zu äußern.“

Kofowzew's erdgültige Zustimmung scheint trotz dieser ausdrücklichen Vorbehalte dennoch nicht leicht zu erlangen gewesen zu sein. Erst acht Tage später telegraphiert der leitende Beamte des Finanzministeriums Dawidow an Koffalowitsch, daß der Minister zustimmt.

„aber unter der ausdrücklichen Bedingung, daß, so wie es übrigens versprochen worden war, die französische Regierung die nötigen Schritte bei der Presse unternimmt, damit letztere auch wirklich unsere Interessen verteidigt. Geschiehe dies nicht, dann würde Seine Excellenz in Zukunft alle Subsidien dieser Art einstellen.“

Dieser Standpunkt beschäftigte ausdrücklich Kofowzew selber in einem Brief an den Außenminister Skalonow, aus dem zwischen den Zeilen der Kerger und der Gel weniger über die Verantwortlichkeit der französischen Presse als über die zweideutige Rolle der französischen Regierung in dieser Affäre zum Ausdruck kommen. Diese Geschehnisse waren durchaus berechtigt. Denn die russischen Minister wanden der haarsträubenden Tatsache gegenüber, daß die französische Regierung die an Rußland geliehenen Gelder zum Teil dazu benutzte, um die eigene politische Stellung in der Presse zu festigen. Dieser Wunsch scheint sogar allmählich in die Presse übergegangen zu sein. Dieser Wunsch scheint sogar allmählich in die Presse übergegangen zu sein. Dieser Wunsch scheint sogar allmählich in die Presse übergegangen zu sein.

Das Letzte ist vielleicht, daß Frankreich bisher die Anerkennung der Sowjetregierung davon abhängig machen wollte, daß letztere die Schulden der Zarenregierung an Frankreich anerkenne und übernehme. Dabei ist kein Centime von den Milliardenanflehnen nach Rußland gegangen, sondern alles in den französischen Kriegsmateriallieferanten angefallen, und darüber hinaus hat sogar die Regierung Barthou-Klotz im Auftrage Poincaré's für ihre eigenen innerpolitischen Zwecke die Pariser Presse mit russischen Geldern bestochen!

Wer zweifelt heute noch daran, daß der Sieg Frankreichs, der Sieg Poincaré's und Klotz, gleichbedeutend war mit dem Siege des Rechts und der Reaktion?

## Der wirksamste Schutz

gegen die Wiederkehr der Inflation in unserem Staat ist die Bank von Danzig.

Darum zeichne jeder

## Aktien der Bank von Danzig



# Der neue Volkstag in Tätigkeit.

Die gestrige Volkstags-Sitzung, in der die Wahl der nebenamtlichen Senatoren auf der Tagesordnung stand, wies wiederum einen starken Besuch auf. Auf dem Platze des verstorbenen Abg. Matthaei lag ein Blumenstrauß mit Trauerkranz. Die Abgeordneten waren fast vollständig erschienen, die Plätze der Senatoren waren jedoch abgibt verwaist. Auf der Pressetribüne herrschte ein bedeutendes Gedränge. Auch eine Anzahl Vertreter fremder Mächte wohnte den Verhandlungen bei. Die Zuschauertribüne war bis auf den letzten Platz besetzt.

Präsident Dr. Treichel eröffnete die Sitzung gegen 8 1/2 Uhr nachmittags und teilte dem Hause das Ableben des deutschnationalen Abg. Dr. Matthaei mit. Dem Verstorbenen widmete der Präsident warme Worte des Gedenkens. Zum ersten Male seit Bestehen der Volksvertretung, der Verfassunggebenden Versammlung sowohl wie des Volkstages, habe der Tod eine Stütze in die Reihe der Abgeordneten gerufen. Es sei kaum mehr als ein Jahr verstrichen, seit sich das Grab über dem ersten Präsidenten der Danziger Volksvertretung, Dr. Reinhardt, geschlossen habe. Aber Dr. Reinhardt gehörte bei seinem Tode nicht mehr als Mitglied des Volkstages an. Jetzt wolle es das Geschick, daß das Mitglied des Hauses, das nach dem Tode des Reinhardt's Präsident des Hauses wurde, durch den Tod abberufen worden sei. Das Haus hörte die Trauerkundgebung stehend an und vertagte sich alsdann auf 1/2 Stunde.

Nach Wiedereröffnung des Hauses durch den 2. Vizepräsidenten Speltz gab dieser bekannt, daß als Nachfolger Dr. Matthaei der Abg. Glombowski in den Volkstag eintrete. Glombowski war bereits erschienen. Dann gab der Präsident unter allgemeiner Spannung einen interessanten Schriftwechsel bekannt, der sich mit der Wahl der nebenamtlichen Senatoren beschäftigte, worüber wir an anderer Stelle berichten. Der nächste Teil der Sitzung gestaltete sich etwas eintönig, da die neue Aufstellung der verschiedenen Ausschüsse mitgeteilt wurde. Ohne Zwischenfall wurde auch die Wahl der Besitzer vollzogen. Die Ver. Soz. Fraktion stellte hierzu zwei Abgeordnete und zwar den Abg. Gen. Vener und die Abg. Genosin Malkowski.

Etwas lebhafter gestalteten sich die Verhandlungen, als die Annahme einer Geschäftsordnung zur Beschlußfassung stand. Der Präsident schlug vor, die bisher geltende Geschäftsordnung vorläufig zu übernehmen und diese dann mit den deutschnationalen und polnischen Änderungsanträgen dem Geschäftsausschuss zu überweisen. Die Anträge fordern Abschaffung der stenographischen Protokolle und Herabsetzung der Fraktionshöhe auf 5 Abgeordnete. Abg. Raube (N.) war mit der Beschlußfassung über die bisherige Geschäftsordnung nicht einverstanden, weil sie nicht gedruckt vorliege und die einzelnen Paragraphen vielen Abgeordneten nicht bekannt seien. Der Centrumsscha Kurawski entgegnete, daß man bei Gründung der Verfassunggebenden Versammlung die Geschäftsordnung des preussischen Abgeordnetenhauses übernommen habe, ohne deren Bestimmungen im einzelnen zu kennen. Abg. Hofmeister (D.S.) war zwar der Meinung, daß die neuen Abgeordneten die Pflicht gehabt hätten, sich vorher mit der Geschäftsordnung bekannt zu machen! Das Geschäftsausschussmitglied erklärte, daß die bisherige Geschäftsordnung in Kraft geblieben und diese mit den Änderungsanträgen dem Geschäftsausschuss übergeben wurde.

Ohne Ausdrache wurden alsdann die Abg. Dr. Rümke (Stuhl), Müller (D.S.) und Kurawski (Z.) als Vertreter der drei Volkstagspräsidenten für den nächsten Wahlkreis gewählt. Auch die Wahl von 15 Mitgliedern für die Elektrizitätswirtschaftliche brachte keinerlei Differenzen. Von den 15 Mitgliedern stellt die Ver. Soz. Fraktion 4 und zwar die Abg. Krawanski, Brill, Karschewski und Pen; von den Kommunisten wurde der Abg. Klaps gewählt von den Deutschnationalen u. a. Burandt, Direktor Malksch, Diekau, vom Centrum Abg. Neuhauer.

Der nächste Punkt der Tagesordnung, der kommunistische Antrag, dem Senat das Vertrauen zu entziehen, war durch die Annahme der Geschäftsordnung nicht verhandlungsfähig geworden. Die Geschäftsordnung verlangt in diesem Falle 24 Unterschriften, die nicht vorhanden waren. Abg. Raube (N.) war darüber nicht sehr erregt und machte deshalb auf seinem Boccero weidlich Luft, empfahl die Ver. Soz. Fraktion an, weil sie den Antrag nicht unterstützt habe und lang dann ein Loblied auf das Reichsthem. Einige Neulinge unter den kommunistischen Abgeordneten waren davon in beglückt, daß sie Beifall stifteten, was von dem Präsidenten als nicht üblich im Parlament geriet wurde. Abg. Hofmeister (D.S.) leistete den Kommunisten Hilfe, aber etwas ungeschickt. Er vertrat den sonderbaren Standpunkt, daß der Antrag vor Annahme der Geschäftsordnung eingebracht sei und deshalb verhandelt werden könne. Diese Pointe brachte stillvernehmlich Lachen im ganzen Hause.

Abg. Gen. Mahn erklärte unter lebhafter Beifall, daß die Ausführungen Hofmeisters kein Zeichen besonderer Intelligenz seien. Vorher habe er den übrigen Abgeordneten den Rat gegeben, sich rechtzeitig mit der Geschäftsordnung bekannt zu machen. Er selbst habe es aber nicht getan! Wie es in den Wald hineinbrüllt so hallt es auch wieder heraus: Die Wahrheit dieses Sprichwortes konnte der Abg. Raube bestens erläutern. In würdevoller Weise wies Abg. Gen. Mahn die kommunistischen Einwürfe zurück und erklärte, daß die Ver. Soz. Fraktion keine Verantwortung habe, unklare kommunistische Anträge zu unterstützen. Der alte Senat sei bereits zurückgetreten und es wäre zwecklos, einem nicht vorhandenen Senat das Vertrauen auszusprechen. Zu einer Beschlußfassung über den Antrag kam es nicht.

Sodann folgte der wichtige Punkt der Tagesordnung: Wahl des stellvertretenden Präsidenten des Senats und der 13 Senatoren in Nebenamt. Dr. Niehm (Stuhl) wurde mit 15 Stimmen zum stellvertretenden Vizepräsidenten des Senats gewählt. 7 deutsch-sozialistische Stimmentel waren unbeschieden. Ammerhin wurde durch die Abgabe dieser Rettel die Wahl ermöglicht, da die neuen Neuzugarten nicht nicht beschlußfähig gewesen wäre. Die gesamte Linke, die Sozialgruppe und die Deutsche Partei beteiligten sich nicht an der Abstimmung. Die Zahlen gingen nur langsam vor sich, da bei jeder Abstimmung die Abgeordneten einzeln zur Tribüne kommen mußten, um ihren Stimmentel abzugeben. Zum Schluß gab der Abg. Hermann (D.S.) eine Erklärung ab, in der er die Haltung seiner Fraktion zu rechtfertigen versuchte. Darauf vertagte sich das Haus auf Freitag nachmittags 1 1/2 Uhr.

Die nächste Sitzung des Volkstages findet am Freitag, den 18. Januar, nachmittags 1 1/2 Uhr statt. Auf der Tagesordnung steht: Vereidigung der neu gewählten Mitglieder des Senats. Antrag des Abgeordneten Schweigmann und des Senats, dem Senator Jemelowski das Vertrauen zu entziehen. Große Anfrage der sozialdemokratischen Fraktion betr. Auslieferung von Verdächtigen. Anträge des Senats zur Beschleunigung der Strafverfolgung der Abgeordneten Raube und Brill. Große Anfrage der kommunistischen Fraktion betr. Verhaftung von Verdächtigen. Der Senat wird am Freitag, den 18. Januar, nachmittags 1 1/2 Uhr zusammentreten.

etw. Gesetzentwurf betr. Abänderung der Artikel 6, 23 und 24 der Verfassung. Antrag der deutschnationalen Fraktion auf Herabsetzung der Abgeordnetenzahl. Antrag auf Vorlegung des Gesetzes über die Kammer der Arbeit und der noch fehlenden Gesetzentwürfe über die berufständischen Vertretungen. Antrag der kommunistischen Fraktion betr. politische Anerkennung Sowjet-Rußlands. Antrag der kommunistischen Fraktion, den Senat zu beauftragen, Handelsbeziehungen mit Sowjet-Rußland anzubahnen. Antrag der deutschnationalen Fraktion, den Senat zu ersuchen, dem Volkstag Vorlagen zur Regelung der gesamten Steuer-gesetzgebung zu machen. Erste Beratung eines kommunistischen Gesetzentwurfs auf Erhebung von Steuern. Erste Beratung eines Gesetzentwurfs zur Abänderung des Einkommensteuergesetzes. Erste Beratung der Amnestie-Gesetz-Anträge. Rechnungen über die Staatshaushaltspläne der Rechnungsjahre 1920 und 1921.

## Danzigs Ausfuhrpolitik.

### Ein Vorstoß der Handelskammer gegen die Ausfuhrabgaben.

Die Handelskammer hat an den Senat eine längere Eingabe gerichtet, in der die Frage der Ausfuhrabgaben behandelt und ihre Aufhebung gefordert wird. Es heißt es in der Eingabe u. a.:

„Außer den von Polen erlassenen Ausfuhrverboten, die die Freie Stadt Danzig gemäß Art. 21 des Vöberabkommens zu übernehmen verpflichtet ist, hat der Senat seiner Zeit dritten Staaten gegenüber besondere Ausfuhrverbote erlassen. Teilweise um den Bedarf der eigenen Bevölkerung an lebenswichtigen Waren sicher zu stellen, größtenteils aber um durch Erhebung einer Ausfuhrabgabe den Staat an dem Exportgewinn teilnehmen zu lassen.“

Soweit es sich um lebenswichtige und im Inlande gewonnene Erzeugnisse handelt, wird man ein Ausfuhrverbot bevorzugen, wenn die inländische Produktion geringer als der Bedarf der einheimischen Bevölkerung ist, für gerechtfertigt halten müssen. In allen übrigen Fällen ist aber unter den jetzigen Produktionsverhältnissen ein Ausfuhrverbot, das sogar mit einer Ausfuhrabgabe verbunden ist, völlig ungerechtfertigt und produktionshemmend.“

Für den Erlaß der besonderen Ausfuhrverbote waren seiner Zeit dieselben Gründe maßgebend wie im Deutschen Reich. Infolge der fortschreitenden Inflation war die inländische Industrie, solange die Reichsmark im Inlande eine größere Kaufkraft hatte als im Auslande, in der Lage, billiger zu produzieren als die ausländische Industrie. Die Differenz zwischen dem Inlandspreis und dem auf dem Weltmarkt geltenden war derart erheblich, daß sich nicht nur die ausländischen Staaten durch die Antidumping-Bestimmungen gegen eine Überflutung mit deutschen Erzeugnissen schützen, sondern daß auch das Reich durch eine strenge Handelskontrolle eine Verfalländerung der Werte zu verhindern suchte. In dem Zweck wurde die exportierte Ware mit einer Ausfuhrabgabe belegt und nur zum Exportpreis, dem sogenannten Ausfuhrmindestpreis zur Ausfuhr freigegeben.“

Während der Inflationsperiode blieb die Ausfuhrabgabe für die einzelnen Waren nicht stabil. Die Höhe der Abgabe richtete sich jeweils nach dem Verhältnis der inländischen Produktionskosten zum Weltmarktpreis. Sobald die Konkurrenzfähigkeit einer Ware auf dem Weltmarkt bedroht war, wurde die Ausfuhrabgabe herabgesetzt. Seitdem die Reichsmark im Deutschen Reich praktisch als Zahlungsmittel ausgefallen war und die Produktionskosten derart stiegen, daß der Inlandspreis sich nicht dem Weltmarktpreis näherte, (die Produktionskosten, soweit es sich besonders um die Arbeitslöhne handelt, hatten dazu am meistensten Veranlassung gegeben (D. Red.) ging das Reich sofort zu einer grundlegenden Änderung der Ausfuhrpolitik über. Bis auf einige wichtige Lebensmittel und Rohstoffe wurden sämtliche Erzeugnisse zur Ausfuhr freigegeben. Selbst die zur Ausfuhr verbotenen Waren sind ausdrücklich von einer Abgabe für den Fall, daß eine Ausfuhrbewilligung erteilt wird, befreit. Das Ausfuhrverbot soll lediglich zur Kontrolle dienen, um den inländischen Bedarf sicher zu stellen.“

Der Freistaat Danzig indessen hat, trotzdem dieselben Gründe seit Einführung einer freien Währung für die Aufhebung der besonderen Danziger Ausfuhrverbote sprachen, die bisherige Ausfuhrpolitik beibehalten. Selbst in denjenigen Fällen, in denen ausländische Rohstoffe in Danzig verarbeitet wurden, wie bei Waren aus Galizien und Bernstein, wird von der Erhebung einer Abgabe nicht Abstand genommen. Die Folge hiervon ist, daß die betroffenen Industriezweige auf dem Weltmarkt nicht konkurrieren können und gezwungen waren, ihre Arbeitskräfte zu entlassen, und den Betrieb einzuschränken, wenn nicht einzustellen.“

Die Eingabe der Handelskammer enthält dann noch weiter die hinsichtlich bekannten Behauptungen, daß die Industrie durch die Steuern und Zembildmachungsarrangements schon durch die Schwierigkeiten zu kämpfen hätte und würde, in den Antrag, bei sämtlichen Danziger Erzeugnissen die Ausfuhrabgabe fallen und die Ausfuhrverbote lediglich bei lebensnotwendigen und im Inlande gewonnenen Waren bestehen zu lassen.“

Diesen Forderungen von Handel und Industrie könnte eine gewisse Berechtigung nicht abgesprochen werden, wenn die Ausfuhrabgaben tatsächlich die Ursache einer Konkurrenzunfähigkeit Danzigs auf dem Weltmarkt wären. Ursprünglich war die Ausfuhrabgabe dem durchaus berechtigten Grunde entworfen, einer Verfalländerung der Inlandswaren auf dem Weltmarkt vorzubeugen und späterhin den Staat an die großen Exporterlöse der Industrie und des Handels teilnehmen zu lassen. Bis zu einem gewissen Grade sind diese Voraussetzungen jetzt gefallen. Wenn jedoch behauptet wird, daß die Ausfuhrabgaben die Danziger Industrie konkurrenzunfähig machen, so ist das eine Unbegründung, wie sie von den Handels- und Industrie-Kreisen sowohl gegenüber jeder Sozialforderung und Verantwortung zu öffentlichen Kosten beliebt wurde. Diese Behauptung wird so allgemein ins Feld geführt, daß sie auch in diesem Falle durchaus nicht ohne weiteres als haltbar erscheint. Die Löhne sind in Danzig hinter dem Weltmarktpreis durchwegs noch sehr weit zurück, so daß die Industrie erheblich billiger produziert, als die meisten anderen Länder. Das nun die heuristische Belastung — die ja in anderen Ländern durchaus nicht geringer ist — und die geringe Ausfuhrabgabe bei diesen erheblichen Preisunterschieden die Preisgestaltung über den Weltmarktpreis verursachen, muß als unzutreffend bezeichnet werden. Solange Industrie und Handel auf Kosten der unter Weltmarktpreis gehaltenen Löhne und Gehälter ihrer Arbeiter und Angestellten noch unzulässige Vorteile machen, erscheint die Erhebung der Ausfuhrabgabe als ein, wenn auch unzureichender, gerechter Ausgleich. Wenn einzelne Industrien tatsächlich aus wirtschaftlichen Gründen nicht konkurrieren können, so ist dann nicht man im Einzelnen, sondern in der Gesamtheit der Danziger Industrie in Konkurrenz mit der Weltindustrie zu setzen.“

## Fleischverteurer bei der Arbeit.

In letzter Zeit haben die Fleisch- und Milchpreise eine starke Erhöhung erfahren, die durch nichts gerechtfertigt ist. Die von uns mitgeteilten Vorgänge am Pörsener Viehmarkt an denen auch Danziger: Viehhändler beteiligt waren lassen auf direkte Maßnahmen gewissermaßen schließen. Aber der Mangel an Schlachtvieh und Milch wird begreiflich durch die sogenannten Herdbook-Aktionen, die die Ausfuhr von Vieh ins Ausland begünstigen. Schon oft ist auf diesen Uebelstand hingewiesen und Abhilfe verlangt worden. Am 23. Januar soll wieder eine derartige Aktion stattfinden. Die Ver. Soz. Fraktion hat deshalb eine große Anfrage im Volkstag eingebracht die bereits am Freitag zur Verhandlung kommen wird.

Die Anfrage hat folgenden Wortlaut: Die Danziger Herdbook-Gesellschaft beabsichtigt am 23. Januar 300 Milchfühe und Färsen in Danzig zum Verkauf zu stellen. Zum größten Teil soll diese Menge Milchvieh nach dem Auslande abgesetzt werden. Sind dem Senat diese Vorgänge bekannt? Wenn ja, was will er zur Sicherstellung der Milchlieferung an die Bevölkerung tun und wie gedenkt er eine durch diese Ausfuhr von Milchvieh drohende Milchknappheit und neue Milchpreiserhöhung zu vermeiden, angesichts der Tatsache, daß der Milchpreis heute bereits weit über den Friedenspreis in die Höhe getrieben ist?

## Neue Verhandlungen über die Eisenbahndirektion.

Heute haben die Verhandlungen des Senats mit der polnischen Eisenbahnverwaltung über die polnische Eisenbahndirektion in Danzig begonnen. Diese Verhandlungen sind die Fortsetzung einer längeren Aussprache, die im Juni v. J. stattgefunden haben und damals zu einer vorläufigen Abmachung geführt haben. Bekanntlich handelt es sich um die Frage, ob Polen berechtigt ist hier in Danzig Dienststellen zu unterhalten, deren Verwaltungsbereiche in Polen liegen. Der Oberamtsrat hatte diese Frage in verneinendem Sinne entschieden. Polen hatte Berufung beim Völkerbundrat eingelegt, der die Angelegenheit bis zur direkten Verhandlung zwischen Danzig und Polen zurückgestellt hat.

## Arbeitskräfte für die Schneebeseitigung.

Die großen Schneefälle der letzten Tage und Wochen haben die Hausbesitzer vor die schwierige Frage der schleunigen Schneeräumung gestellt. Wiederholt ist auf die großen Verkehrshindernisse, die der Schnee bereitet, und auf die bedenkliche Folge, die eine zu langsame Schneeräumung nach sich führen könnte, hingewiesen. Das Arbeitsamt hat bereits dem Fuhrpark, der Eisenbahn und anderen zur Schneeräumung Verpflichteten eine größere Zahl von Arbeitskräften angewiesen. Wenn die Reinigung der Bürgersteige und Straßenzüge noch nicht durchwegs in ausreichendem Maße durchgeführt worden ist, so beruht, wie das Arbeitsamt mitteilt, dieses nicht auf einem Mangel an Arbeitskräften. Die Winterpolizei dringt jetzt mit Nachdruck auf die Schneebeseitigung und allen Hausbesitzern droht, sofern ihre Häuser nicht in Straßen liegen, deren Reinigungspflicht von der Stadt übernommen ist, der Strafbefehl. Wir verweisen deshalb auf die in der heutigen Ausgabe unserer Zeitung enthaltene Bekanntmachung des Arbeitsamtes, das vollständige und erwerbsbeschränkte Arbeitstuchende für Reinigung der Bürgersteige, Straßenzüge und Dächer in ausreichendem Maße zur Verfügung hat. Die Vermittlungsbüro des Arbeitsamtes nehmen Aufträge zur Stellung von Arbeitskräften jederzeit mündlich, schriftlich oder auf telephonischen Anruf entgegen. Besonders wird darauf hingewiesen, daß auch Arbeiter mit Werkzeugausstattung werden können.“

Abänderung der Einkommensteuer fordert ein dem Volkstage vorgelegter kommunistischer Gesetzentwurf. Darin wird die Beseitigung des 10prozentigen Steuerabzuges von Lohn und Gehalt gefordert. Der dadurch entstehende finanzielle Ausfall für den Staat soll durch erhöhte Vermögenssteuer wieder ausgeglichen werden. Ein weiterer kommunistischer Gesetzentwurf verlangt die Aufhebung der bisher zu leistenden direkten Steuern für kleinstbürgerliche und kleinstbäuerliche Arbeitseinkommen bis zur Höhe des Friedensentkommens eines qualifizierten Arbeiters. Auch hier sollen Zuschläge zur Vermögenssteuer den Ausfall decken.

Die Umstellung der Guldenwährung. Der Ausweis der Danziger Zentralkasse vom 15. Januar 1924 weist zum ersten Male einen Rückgang der im Umlauf befindlichen Gulden-scheine auf, was auf den Umlauf eines Teiles der Gulden-scheine gegen Danziger Hartgeld (Silber- und Nickelmünzen) zurückzuführen sein dürfte. Am 15. Januar waren nur noch 15,5 Millionen Gulden-scheine im Verkehr gegen 17,3 Mill. am 31. Dezember 1923. Die zurzeit im Umlauf befindlichen Gulden-scheine sind gedeckt durch englische Noten und Checks auf London in Höhe von 17828 englische Pfunde und durch 605.000 Pfunde Guthaben bei Banken und Bankiers.

Polizeibericht vom 17. Januar 1924.  
Verhaftungen: 25 Personen, darunter 8 wegen Diebstahls, 1 wegen Schleicherei, 11 wegen Trunkenheit, 5 in Volkshaus, 8 Personen obdachlos.

Wasserstandsnotizen am 17. Januar 1924.

Kurschlag	15.1.	16.1.	17.1.	18.1.	19.1.	20.1.	21.1.	22.1.	23.1.	24.1.	25.1.
Montanerspitze	+ 1,72	+ 1,74	+ 1,76	+ 1,78	+ 1,80	+ 1,82	+ 1,84	+ 1,86	+ 1,88	+ 1,90	+ 1,92
Wielka	+ 1,87	+ 1,89	+ 1,91	+ 1,93	+ 1,95	+ 1,97	+ 1,99	+ 2,01	+ 2,03	+ 2,05	+ 2,07
Wielka	+ 2,17	+ 2,19	+ 2,21	+ 2,23	+ 2,25	+ 2,27	+ 2,29	+ 2,31	+ 2,33	+ 2,35	+ 2,37
Wielka	+ 9,1	+ 9,2	+ 9,3	+ 9,4	+ 9,5	+ 9,6	+ 9,7	+ 9,8	+ 9,9	+ 10,0	+ 10,1
Wielka	+ 1,1	+ 1,2	+ 1,3	+ 1,4	+ 1,5	+ 1,6	+ 1,7	+ 1,8	+ 1,9	+ 2,0	+ 2,1
Wielka	+ 2,15	+ 2,17	+ 2,19	+ 2,21	+ 2,23	+ 2,25	+ 2,27	+ 2,29	+ 2,31	+ 2,33	+ 2,35
Wielka	+ 2,13	+ 2,15	+ 2,17	+ 2,19	+ 2,21	+ 2,23	+ 2,25	+ 2,27	+ 2,29	+ 2,31	+ 2,33
Wielka	+ 1,84	+ 1,86	+ 1,88	+ 1,90	+ 1,92	+ 1,94	+ 1,96	+ 1,98	+ 2,00	+ 2,02	+ 2,04
Wielka	+ 2,14	+ 2,16	+ 2,18	+ 2,20	+ 2,22	+ 2,24	+ 2,26	+ 2,28	+ 2,30	+ 2,32	+ 2,34

Wiederholt: Von 0 Kilom. (Schlino) bis 212,4 Kilom. (Kösemark) Eisenbahn, mit Ausnahme der Strecken von 51 Kilom. bis 88 Kilom., von 88 Kilom. bis 117 Kilom., von 118 Kilom. bis 125,0 Kilom. (Zakraw).  
Unterschlag Kösemark (212,4 Kilom.) bis zur Wundung eisfrei.  
Verantwortlich: Hr. Politik Franz Boops, für Danziger Nachrichten und den übrigen Teil Hr. Fritz Weber, für Insterne und Polen Posten, sämtlich in Danzig.  
Druck und Verlag von D. West u. Co., Danzig.





**Zuchthäuser und ihre Steckenpferde.**

Wie mit der Kunst der Gesteckfranken hat man sich in neuerer Zeit auch mehr mit dem verwandten Gebiet der künstlerischen Betätigung von Verbrechern beschäftigt und auf die vielfach interessanten künstlerischen Leistungen hingewiesen, die manche Zuchthäuser in der Stille und Einsamkeit ihrer Zellen vollbracht haben. Der Gefangene, der von den meisten Freunden des Dalrins abgelehnt ist, klammert sich in seinem Dunsch nach Unterhaltung und Abwechslung an alle möglichen Steckenpferde und Liebhaberarbeiten, unter denen die Kunst keine geringe Rolle spielt. Ueber diese Steckenpferde der Zuchthäuser macht einer der berühmtesten Kriminalisten Englands, der langjährige Zuchthausdirektor und Leiter der New Yorker Polizei, Waffel Thomsen, eingehende Mitteilungen:

„In den Zuchthausmauern“, schreibt er, „lebt es Dichter, von denen wie ein Verleger etwas erzählt, (welche, die nie die Unwissenheit befecht haben, und Maler, die keine Ausstellung befechten, sondern sich damit begnügen, den Geschmack ihrer Mitgefängenen und der Gefängniswärter zu bilden. In Wornwood Scrubs hatten wir einen „Schweizer Buben“, der sich die Erlaubnis dazu erbat, die Garben mit Silber zu verzieren und ein sehr hübsches Stück Arbeit leistete. Theateraufführungen sind, wenn sie erlaubt werden, besonders beliebt, und ich habe bei ihnen vortreffliche Darsteller beobachtet. Ein Bildhauer betätigte sich in einem merkwürdigen Stoff, nämlich Brot.

Sollten wir ihm Marmor gegeben, so würde er wahrscheinlich auch in diesem schwierigen Material seinen Mann gestanden haben, denn er besaß eine große natürliche Begabung. Unter den kunstfertigen Insassen hatten wir auch einen Drahtbauer. Er hatte seinen Beruf zwar seit langem aufgegeben und hatte sich ausschließlich aufs Geldstrafenknacken gelegt. Als er aber die Orgel in der Kirche gehört hatte, ließ er sich bei mir melden und sagte mir sehr sachgemäß auseinander, daß die Orgel fehlerhaft gebaut sei und er sie umbauen wolle. Und wirklich, er machte seine Sache vorzüglich. Den Gefangenen verdanke ich auch eine Entdeckung in der Naturgeschichte. Sie haben nämlich herausbekommen, daß die Hausmaus nicht zähbar ist, während die Feldmaus sich verhältnismäßig leicht dressieren läßt. Die dressierte Maus gehört zu den beliebtesten Steckenpferden der Gefangnisse. Da gibt es Preiseure, die sich in jedem Parvise leben lassen könnten. Sie schleppen die kleinen Tiere in der Tasche mit sich herum, und in jeder Ruhestunde geben sie ihrem Mäuschen Unterricht, bis es sehr nützlich auf seinen Unterfüßchen sitzt, ein Streichholz als Gewehr schultert und mit ihm auf Kommando präsentiert. Von Zeit zu Zeit erweisen sich kleine Mäusetänzerinnen. Entweder die Mäus erwidert einen solchen nützlichen Künstler oder der eine stiehlt dem andern eine dressierte Maus, und dann kommt es zu armenigen Kämpfen um den erwerbenden Viehhin. Daßel zu halten, wird den Gefangenen nicht gestattet. Aber trotzdem werden umweltsen Töchter abgerichtet.“

**Doppelselftmord wegen eines Stückchen Blech.** In Nürnberg hat sich das Ehepaar Kestler durch Erschießen das Leben genommen. Kestler war seit 17 Jahren als Bader in der Ofenfabrik Niehner beschäftigt. Es wurde der Verdacht des Diebstahls gegen ihn laut. Deshalb fand durch die Kriminalpolizei in seiner Wohnung eine Hausdurchsuchung statt. Der Verdacht erwies sich als unbegründet. Es wurde jedoch ein kleines Stück Blech, das einen Wert von 2 bis 3 W. darstellt und das Kestler vor längerer Zeit mit nach Hause genommen hatte, vorgefunden. Dieses geringwertige Objekt sollte nun den Vorwand zur Entlassung Kestlers abgeben. Durch die Aufregung der Hausdurchsuchung, durch das Weipend der Arbeitslosigkeit und des damit verbundenen Elendes wurde das im besten Einvernehmen lebende Ehepaar veranlaßt, freiwillig aus dem Leben zu scheiden. Der Tod des Ehepaars Kestler wirft ein uraltes Licht auf die Zustände, unter denen wir zur Welt leben. Tag für Tag konnte man in den letzten Jahren sehen, wie Arbeiter und Schieber über Nacht durch Spekulation und Vorenthaltung wichtiger Konsumartikel sich unbeschwerter Vermögen erworben. Achttausende von Arbeitern, Beamten und Kleinrentnern wurden durch diese Manipulationen um die Erwerbsmittel ihres ganzen Lebens betrogen, während sich hier ein Arbeiter, der 17 Jahre lang in einem und demselben Geschäft tätig war, veranlaßt sieht, wegen der Mitnahme eines Wertes von zwei Pfennigen in den Tod zu gehen.

**Speditions- und Transportgesellschaft „VEREINIGTE SPEDITEURE“**  
M. B. H. DANZIG  
Telefon: Nr. 314, 6436 Brothänkengasse Nr. 26 Tel.-Adr.: „Dankro“  
Spedition, Kommission, Verzollung, Lagerung, Versicherung, Inkasso  
Die besten Verbindungen mit Speditionsfirmen an jedem Handelsplatz im In- und Auslande



**Julius Brilles A.-G.**  
Schuhfabriken  
Danzig \* Bydgoszcz

**Banku dla Handlu Przemyslu w Warszawie**  
Oddzial w Gdańsku  
Reitbahn 18  
Telephon Nr. 3698, 3699, 7297  
Telegramm-Adresse: Bank war.

**„Polbal“**  
Polsko Baltyckie Towarzystwo Handlowe i Transportowe G. m. b. H.  
Danzig, Broitgasse 22/23  
Telegramm-Adresse: „POLBAL“ Tel.: 3255, 3960, 3961, 3962, 5422  
Eigene Kalspeicher sowie große Lager für Holz, Stöck- u. Massengut

**Danziger Holz-Kontor**  
Aktiengesellschaft  
Milchkannengasse 28-29

**Actiengesellschaft für Holzinteressen**  
Danzig, II. Damm 18  
Telephon Nr. 3899, 3240  
Lagerplatz und Sägewerk: Weichselmündung - Tel. 3715  
Telegr.-Adr.: Holzinteressen Danzig  
Spedition u. Lagerung v. Hölzern aller Art - Lohnschmitt

**Hugo Birkenfeldt**  
HOLZ-GROSSHANDLUNG  
Danzig-Langfuhr, Neuschottland 19  
Telefon 3681 - Telegr.-Adr.: Holzbirkenfeldt

**„OIKOS“**  
Danziger Möbelindustrie und Holzbearbeitung A.-C.

**Kiewe & Co.**  
DANZIG  
Jopengasse Nr. 4, 2 Treppen  
Textilwaren-Grosshandlung.

**Geschäftliche Rundschau mit Dauerfahrplan**  
Masterschutz! Ohne Gewähr!  
(E) **Danziger Fernverkehr.**  
Danzig Hbl.—Dirschau und zurück  
Danzig ab 20, 60, 65, 100, 114, 12, W30, D60, D62, 711, D80, 811, 82, 102.  
Dirschau an 42, 7, 70, 110, 7, 20, W30, D60, D72, 81, D82, 92, 91, 112.  
Dirschau ab 102, 42, W30, 7, D70, 70, D80, D90, 94, D100, 10, 7, 50, 80.  
Danzig an 12, 10, W30, 130, D80, 90, D90, D90, 110, D110, 30, 70, 71, 80.  
**Danzig—Hohenstein—Berent**  
Danzig ab 20, 60, 124, 71. Berent ab 20, 80, 100, 80.  
Es bedeutet: D=D-Zug, T=Triebwagen, F=Fahrt nur bis Hohenstein.

**Erfurth & Gillis**  
G. m. b. H.  
Danzig, Pfefferstadt 1  
Telegr. Adr.: Ergillis - Telefon 5434, 5936  
Fahrräder :: Nähmaschinen :: Zubehörteile  
en gros  
Motorräder, Kleinkraftäder, Einbaumotore  
Das führende Engroshaus des Ostens  
Eigenes neues Geschäftshaus Paradiesgasse 14 wird Anfang 1924 bezogen

**Walter Kohn**  
Textilwaren-Großhandlung  
DANZIG  
Fernsprecher 2430 - Jopengasse 24

**Alexander & Lewin**  
Laogasse Nr. 26/27  
Textilwaren  
En gros :: Export  
Spezialität: Damen-Kleiderstoffe und Voiles  
Generalbevollmächtigte für M. SIEG & CO., Berlin



**Konserven  
Marmeladen  
Kunsthonig**

**Delos** . . ohne Mandstück 2 Guldenplennig  
**Roland** . . Gold 3 Guldenplennig  
**Bon ton** Gold 5 Guldenplennig  
**Minos** . . Gold 7 Guldenplennig  
sind die beliebten Marken der  
**Zigarettenfabrik „Hellas“**  
DANZIG

**Leo Neumann**  
Webzergroßhandlung

**Rudolf Prantz, Danzig**  
IMPORT  
Hofplengasse Nr. 29  
EXPORT  
Telephon Nr. 5276 mit 5280  
Getreide, Mühlenfabrikate, Hülsenfrüchte, Saezen, Kolonialwaren

**Bukofzer & Co.**  
Verständiger Unter 1:  
Kurz- und Wirkwaren-Großhandel

**Leo Neumann & Herz A.-G.**  
Textilwaren-Export und -Auslieferung  
Danzig, Domiankwall Nr. 12

**Danziger Essigsprit- und Mostrieh-Fabrik**  
E. HAFKE & CO  
Telephon 731 - Kottow und Fabrik: Gr. Schwabengasse 34  
Nur garantiert reine Produkte in prima Qualität

**Albert & Bruno Fischer**  
Danzig, Heumarkt 4  
Schürzen- und Wäschefabrik

**Johs. P. Uhlitzsch**  
Königsberg I. Pr., Weigendamm 4  
Fernsprecher Nr. 5135  
Danzig, Artstädtisch Graben 19/20  
Fernsprecher Nr. 5748  
Wäschefabrik  
Fahrräder in Reparatur und Strumpfwaren.

**Bensinger & Co.**  
IMPORT  
Textilwaren  
EXPORT  
DANZIG  
Hofplengasse Nr. 124  
FRANKFURT a. M.  
Kaiserstraße Nr. 71  
Telephon: Hanna Nr. 635  
Telegr.-Adr.: Bensinger  
Kontor in Danzig, POZNAN, KRAKOW, Lwow

**Walter Goldstein**  
DANZIG  
Faulgraben Nr. 16/19  
Telephon Nr. 3140:  
Leinen- u. Baumwoll-Waren en gros